

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abbildungsübersicht	XXXIII
Tabellenübersicht	XXXV
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Einleitung: Problemstellung, Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung.....	1

Erster Teil:

Grundtatbestände der internationalen Unternehmensbesteuerung

1. Kapitel. Doppel- und Minderbesteuerungen und damit verbundene betriebs- und volkswirtschaftliche Konsequenzen	3
2. Kapitel. Ursachen der Doppel- und Minderbesteuerungen	6
3. Kapitel. Möglichkeiten zur Vermeidung von Doppelbesteuerung ..	10
4. Kapitel. Konkrete Ausgestaltung der Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch unilaterale Maßnahmen und Doppelbesteuerungsabkommen	36
5. Kapitel. Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen ..	85
6. Kapitel. Objektsteuern	88

Zweiter Teil:

Der Einfluß der Europäischen Integration auf die internationale Unternehmensbesteuerung

1. Kapitel. Rechtsgrundlagen: Steuerrechtliche Vorschriften im Europäischen Vertragswerk und ihre Umsetzung	93
2. Kapitel. Überblick über die Unternehmensbesteuerung und ihre Belastungswirkungen in den Mitgliedstaaten	103
3. Kapitel. Stand der Steuerharmonisierung in der Gemeinschaft	156
4. Kapitel. Reformüberlegungen	291

Dritter Teil:

Laufende Besteuerung unternehmerischer Gestaltungsalternativen ausländischer Investoren in Deutschland (Inbound-Investitionen)

1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften ausländischer Investoren	346
2. Kapitel. Besteuerung von inländischen Betriebsstätten ausländischer Investoren	369
3. Kapitel. Besteuerung von inländischen Kapitalgesellschaften ausländischer Investoren	423
4. Kapitel. Besteuerung von inländischen Personengesellschaften ausländischer Investoren	439

Vierter Teil:**Laufende Besteuerung unternehmerischer Gestaltungsalternativen
deutscher Investoren im Ausland (Outbound-Investitionen)**

1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften inländischer Investoren	461
2. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Betriebsstätten inländischer Investoren	479
3. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Kapitalgesellschaften inlän- discher Investoren	499
4. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Personengesellschaften in- ländischer Investoren	556

Fünfter Teil:**Erfolgs- und Vermögensabgrenzung**

1. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Direktgeschäften ..	615
2. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Betriebsstätten	620
3. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Kapitalgesell- schaften	664
4. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Personengesell- schaften	692

Sechster Teil:**Grenzüberschreitende Steuerplanung**

1. Kapitel. Anknüpfungsmerkmale, Instrumente und Legitimität der internationalen Steuerplanung	707
2. Kapitel. Steueroptimale Rechtsformwahl im In- und Ausland	714
3. Kapitel. Der Einfluß der Finanzierung auf die Höhe der Steuerbe- lastung	762
4. Kapitel. Steuerplanung mit Holdinggesellschaften	816
5. Kapitel. Steuerplanung mit Verrechnungspreisen und Konzernum- lagen	868
6. Kapitel. Internationale M&A-Steuерstrategien	1087
7. Kapitel. Nutzung von Qualifikationskonflikten	1240
8. Kapitel. Die Kombination von Unternehmens- mit Mitarbeiter- zielen: Steuerplanung in Entsendungsfällen	1257
Anlage	1315
Literaturverzeichnis und Entscheidungen	1331
Stichwortverzeichnis	1465

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Einleitung: Problemstellung, Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung	1

Erster Teil

Grundtatbestände der internationalen Unternehmensbesteuerung

1. Kapitel. Doppel- und Minderbesteuerungen und damit verbundene betriebs- und volkswirtschaftliche Konsequenzen	3
2. Kapitel. Ursachen der Doppel- und Minderbesteuerungen	6
A. Personensteuern	6
B. Objektsteuern	10
3. Kapitel. Möglichkeiten zur Vermeidung von Doppelbesteuerung	10
A. Anrechnungs- und Freistellungsmethode	11
I. Ergebnisse ohne Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	12
II. Ergebnis bei Anwendung der Anrechnungs- und Freistellungsmethoden im Gewinnfall	13
1. Die Anrechnungsmethoden	13
a) Uneingeschränkte Anrechnung	13
b) Begrenzte Anrechnung	13
2. Die Freistellungsmethoden	14
a) Uneingeschränkte Befreiung	14
b) Befreiung mit Progressionsvorbehalt	15
III. Ergebnis bei Anwendung der Anrechnungs- und Freistellungsmethoden im Verlustfall	15
1. Die Anrechnungsmethoden	16
2. Die Freistellungsmethoden	16
a) Uneingeschränkte Befreiung	16
b) Befreiung mit Progressionsvorbehalt	17
B. Wettbewerbspolitische Konsequenzen der Methoden: Kapitalexport- und Kapitalimportneutralität	19
I. Zum Begriff der Kapitalexport- und Kapitalimportneutralität	19
II. Vor- und Nachteile von Kapitalexport- und Kapitalimportneutralität	20
III. Die Ausgestaltung der Anrechnungs- und Freistellungsmethode als Verfahren zur Verwirklichung von Kapitalexport- und Kapitalimportneutralität	23
IV. Schlußfolgerungen zur Anwendbarkeit der Methoden	27
4. Kapitel. Konkrete Ausgestaltung der Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch unilaterale Maßnahmen und Doppelbesteuerungsabkommen	36
A. Vor- und Nachteile von unilateralen Maßnahmen und von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)	36
B. Die Vermeidung der Doppelbesteuerung durch unilaterale Maßnahmen	39

I. Einkommensteuer	39
1. Anrechnungsmethode	39
a) Darstellung der Anrechnungsmethode	39
(1) Unbeschränkte Steuerpflicht	40
(2) Subjektidentität	40
(3) Gleichartige Auslandssteuer	41
(4) Identität des Abgabenzitraums	41
(5) Ausländische Einkünfte	42
(6) Anrechnungshöchstbetrag	45
b) Kritikpunkte und Reformansätze	49
(1) Anwendungsvoraussetzungen des § 34 c Abs. 1 EStG	49
(2) Anrechnungshöchstbetrag	51
2. Abzugsmethode	54
a) Darstellung der Abzugsmethode	54
b) Vorteilhaftigkeitsvergleich zwischen Anrechnungs- und Abzugsmethode	56
3. Pauschalierungs- und Erlaßmethode	59
II. Körperschaftsteuer	60
1. Anrechnungsmethode	60
2. Freistellungsmethode	61
3. Abzugsmethode	62
4. Pauschalierungsmethode	62
C. Die Vermeidung von Doppelbesteuerungen im Abkommensrecht	63
I. Die Umgrenzung der Quellenbesteuerung	63
1. DBA zwischen Industrieländern (OECD-Modell)	63
2. DBA mit Entwicklungsländern	67
II. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat	70
1. Einkommensteuer	73
a) Anrechnungs- und Abzugsmethode	73
(1) Die Anrechnungsmethode	73
(a) Anrechnung der tatsächlich gezahlten Steuer	73
(b) Behandlung eines Steuerüberhangs	73
(c) Länder- und einkunftsbezogene Begrenzung der Anrechnung	74
(2) Die fiktive Steueranrechnung	75
(3) Wahlrecht Anrechnungs-/Abzugsmethode	77
(4) Ausschließlicher Abzug	77
b) Freistellungsmethode	78
2. Körperschaftsteuer	80
D. Das Verhältnis der unilateralen Maßnahmen zu den Regelungen des Abkommensrechts	81
5. Kapitel. Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	85
A. Unilaterale Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	85
I. Außensteuergesetz	85
II. Sonstiges Recht	86
B. DBA als Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	87
6. Kapitel. Objektsteuern	88

Zweiter Teil
Der Einfluß der Europäischen Integration auf die
internationale Unternehmensbesteuerung

1. Kapitel. Rechtsgrundlagen: Steuerrechtliche Vorschriften im Europäischen Vertragswerk und ihre Umsetzung	93
A. Zielsetzungen des Europäischen Vertragswerks und Implikationen für die Harmonisierung des europäischen Steuerrechts	93
B. Organisationsstruktur, Rechtsquellen, Rechtssetzungsverfahren und Gerichtsbarkeit in der Gemeinschaft	98
2. Kapitel. Überblick über die Unternehmensbesteuerung und ihre Belastungswirkungen in den Mitgliedstaaten	103
A. Grundlagen	103
B. Einkommen- und Körperschaftsteuer	104
I. Bemessungsgrundlage (Gewinnermittlungsvorschriften)	104
II. Einkommen- und Körperschaftsteuersätze	112
III. Körperschaftsteuersysteme	116
1. Systematisierung und Überblick über die Systeme	116
2. Besteuerungswirkungen bei nationaler Geschäftstätigkeit	118
3. Besteuerungswirkungen bei grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit	123
4. Ergebnis und Trends in der Entwicklung der Körperschaftsteuersysteme	126
C. Sonstige Unternehmenssteuern	129
D. Steuerliche Investitions- und Innovationsförderung	133
E. Belastungswirkungen der unterschiedlichen Unternehmenssteuern in Europa im Vergleich	138
I. Anforderungen an internationale Steuerbelastungsvergleiche	138
II. Methoden zur Berechnung und zum Vergleich internationaler Steuerbelastungen	141
III. Ergebnisse von Steuerbelastungsvergleichen	143
1. Berechnungen auf der Grundlage von Modellunternehmen (European Tax Analyzer)	144
a) Prämisse	144
b) Vergleich der Steuerbelastungen für ein typisches Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes	144
c) Vergleich der Steuerbelastungen für Unternehmen unterschiedlicher Branchen	147
2. Berechnungen auf der Grundlage investitionstheoretischer Modelle (Devereux-Griffith-Modell)	149
a) Prämisse	149
b) Vergleich der effektiven Durchschnittssteuerbelastungen im Ausgangsfall	150
c) Einfluß geänderter Ausgangsdaten auf die effektiven Steuerbelastungen	153
IV. Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen	154
3. Kapitel. Stand der Steuerharmonisierung in der Gemeinschaft ..	156
A. Harmonisierung im Bereich der indirekten Steuern	156
I. Umsatzsteuer	156
II. Besondere Verbrauchsteuern	160
B. Harmonisierung im Bereich der direkten Steuern	162
I. Bereits umgesetzte Richtlinien	162

1. Die Mutter-Tochterrichtlinie	162
2. Die Fusionsrichtlinie	168
II. Richtlinievorschläge	175
1. Änderungsvorschläge zur Mutter-Tochterrichtlinie und zur Fusionsrichtlinie	175
2. Innerstaatlicher Verlustausgleich	176
3. Verlustausgleich über die Grenze	177
4. Abschaffung der Quellensteuer auf Zinsen und Lizenzgebühren bei verbundenen Unternehmen	179
C. Neuschöpfung eigenständiger europäischer Rechtsformen	180
I. Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) ..	181
II. Die Europäische Aktiengesellschaft (Societas Europaea – SE) ..	186
D. Internationales Zusammenwirken im Besteuerungsverfahren	189
E. Einfluß des EG-Rechts auf die direkten Steuern in den Mitgliedstaaten der EU	192
I. Vorbemerkungen	192
II. EG-rechtlicher Rahmen	193
1. Diskriminierungs- und Beschränkungsverbote	193
a) Niederlassungsfreiheit	193
b) Kapitalverkehrsfreiheit	199
c) Abgrenzung der Grundfreiheiten	203
d) Zusammenwirken mehrerer Rechtsordnungen	204
e) Rechtfertigungsgründe für Eingriffe in die Grundfreiheiten	205
2. Beihilfeverbot	210
III. Rückwirkungen auf die Unternehmensbesteuerung in den Mitgliedstaaten der EU	215
1. Einkommensteuer	215
2. Steuerliche Gewinnermittlung	221
3. Körperschaftsteuer	227
a) Körperschaftsteuersysteme	227
(1) Besteuerung inländischer und ausländischer Dividenden	227
(2) Besteuerung ausländischer Dividenden und Zinsen	235
(3) Besteuerung ausländischer Dividenden und Betriebsstättengewinne	236
(4) Beteiligungsprivilegien und Betriebsausgabenabzug bei Kapitalgesellschaften	238
(5) Ergebnis und Schlußfolgerungen zur Anwendbarkeit der Körperschaftsteuersysteme	239
b) Körperschaftsteuersätze	241
c) Bemessungsgrundlagen	242
(1) Gewinnermittlung	242
(2) Sitzverlegung	242
(3) Gesellschafter-Fremdfinanzierung (Unterkapitalisierungsvorschriften)	243
4. Sonstige Unternehmenssteuern (insbesondere Gewerbesteuer)	245
5. Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	246
6. Berücksichtigung von Verlusten ausländischer Betriebsstätten und Tochtergesellschaften	250
7. Außensteuergesetz	252
(1) Gewinnberichtigung bei verbundenen Unternehmen	252
(2) Erweiterte beschränkte Steuerpflicht	253

(3) Wegzugsbesteuerung	253
(4) Hinzurechnungsbesteuerung	254
8. Steuervergünstigungen für Kapitalanlagen, Finanzierungsgeschäfte und Dienstleistungen	259
9. Doppelbesteuerungsabkommen und Meistbegünstigung	262
IV. Folgerungen	268
F. Weitere Initiativen der Organe der Gemeinschaft auf dem Gebiet der direkten Steuern	270
I. Harmonisierung, Steuerneutralität und zunehmender Einfluß des Subsidiaritätsprinzips	270
II. Sicherstellung einer effektiven Besteuerung und Bekämpfung des unfairen Steuerwettbewerbs	272
1. Europäische Steuerpolitik als integraler Bestandteil der Gemeinschaftspolitik	272
2. Verhaltenskodex	273
3. Zinsrichtlinie	275
III. Stärkung der internationales Wettbewerbsfähigkeit und Abbau weiterer Steuerbarrieren bei der grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeit in der EU	276
IV. Fazit	283
G. Wettbewerb der Steuersysteme als Alternative zur Harmonisierung oder Kooperation	284
I. Ausgangssituation und Fragestellung	284
II. Verhältnis von Steuerwettbewerb und Steuerharmonisierung	285
III. Konvergenz der Steuersysteme im Steuerwettbewerb	287
IV. Fazit	289
4. Kapitel. Reformüberlegungen	291
A. Einkommen- und Körperschaftsteuer	291
I. Aanknüpfungspunkte der internationalen Besteuerung	291
1. Nebeneinander von Wohnsitz- und Quellenprinzip	291
2. Verzerrungen der internationalen Unternehmensbesteuerung und Kriterien für eine neutrale Steuer	292
3. Kriterien für eine Reform der Unternehmensbesteuerung innerhalb der EU	294
II. Wohnsitz- und Quellenprinzip als grundlegende Alternativen	295
1. Wohnsitzprinzip	295
a) Grundzüge	295
b) Erforderliche Reformmaßnahmen	296
(1) Vermeidung der Doppelbesteuerung ausländischer Einkünfte	296
(2) Körperschaftsteuersystem	297
(3) Steuersätze	297
(4) Gewinnermittlungsvorschriften	298
(5) Fiskalausgleich	301
(6) Investitionen in außereuropäische Drittstaaten	302
2. Quellenprinzip	303
a) Grundzüge	303
b) Erforderliche Reformmaßnahmen	304
(1) Vermeidung der Doppelbesteuerung ausländischer Einkünfte	304
(2) Steuersätze	304
(3) Gewinnermittlungsvorschriften	305

3. Vergleichende Gegenüberstellung	305
a) Konformität mit dem EG-Recht	305
b) Effizienz und Neutralität	305
c) Gerechtigkeit	305
d) Steuerautonomie	306
e) Steuerwettbewerb und Kontrollaufwand	309
f) Administrierbarkeit	312
III. Weitere Besteuerungsmodelle	313
1. Zinsbereinigte Gewinnsteuer (Allowance for Corporate Equity)	313
a) Grundzüge	313
b) Beurteilung	319
2. Dual Income Tax (Nordisches Modell)	326
a) Grundzüge	326
b) Beurteilung	329
B. Sonstige Unternehmenssteuern	335
C. Schlussfolgerungen und Ableitung von Handlungsempfehlungen	337
I. Zielkonflikt zwischen Steuerautonomie, Steuerneutralität und Steuergerechtigkeit	337
II. Kurzfristige Maßnahmen: Vereinbarung von Mindeststeuersätzen und Angleichung der Gewinnermittlungsvorschriften	338
III. Langfristige Maßnahmen: Übergang zum Wohnsitzprinzip und Harmonisierung der Körperschaftsteuer	340

Dritter Teil

Laufende Besteuerung unternehmerischer Gestaltungsalternativen ausländischer Investoren in Deutschland (Inbound-Investitionen)

1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften ausländischer Investoren	346
A. Qualifikationsproblematik bei Direktgeschäften	346
I. Nationales Recht	347
1. Der Umfang der Quellenbesteuerung	347
2. Die isolierende Betrachtungsweise	350
a) Inhalt und Reichweite des § 49 Abs. 2 EStG	350
b) Anwendbarkeit bei der Betriebsaufspaltung über die Grenze	352
II. Abkommensrecht	354
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	358
I. Nationales Recht	358
II. Abkommensrecht	365
2. Kapitel. Besteuerung von inländischen Betriebsstätten ausländischer Investoren	369
A. Qualifikationsproblematik bei inländischen Betriebsstätten	369
I. Betriebsstättengrundtatbestände	371
1. Der Betriebsstättenbegriff im nationalen Recht	371
a) Grundmerkmale der allgemeinen Betriebsstättendefinition (Basisbereich)	371
(1) Geschäftseinrichtung (oder Anlage)	371
(2) Nachhaltigkeit (Zeitelement)	372
(3) Verfügungsmacht	373
(4) Tätigkeit eines Unternehmens	374

b) Betriebsstättenbeispiele (Positivkatalog)	376
(1) Stätte der Geschäftsleitung (Ort der Leitung)	376
(2) Zweigniederlassung	377
(3) Geschäftsstelle	377
(4) Fabrikations- oder Werkstätte	378
(5) Warenlager	378
(6) Ein- oder Verkaufsstelle	378
(7) Bergwerke, Steinbrüche oder andere Stätten der Gewinnung von Bodenschätzen	378
2. Der Betriebsstättenbegriff im Abkommensrecht	379
a) Die Einschränkung der Grundmerkmale (Basisbereich) im Abkommensrecht (Negativkatalog)	379
(1) Abkommen mit Industrieländern (OECD-Modell)	380
(2) Abkommen mit Entwicklungsländern (UN-Modell)	384
b) Betriebsstättenbeispiele (Positivkatalog)	385
(1) Kontroll- oder Koordinierungsstellen	385
(2) Verbindungsbüros	386
(3) Büros für technische Hilfeleistungen	386
3. Das Verhältnis zwischen dem nationalen und dem abkommensrechtlichen Betriebsstättenbegriff	386
II. Betriebsstättensorientatbestände	388
1. Bauausführungen und Montagen	388
2. Kaufmännische und technische Dienstleistungen	395
3. Vertreter	397
a) Betriebsstätte und Vertreter	397
b) Zum Inhalt des Vertreterbegriffes	398
4. Electronic Commerce und Betriebsstättenbesteuerung	404
a) Electronic Commerce und internationale Unternehmensstätigkeit	404
b) Electronic Commerce und Betriebsstättentatbestände	405
(1) Gestaltung von Marktbeziehungen – Entwicklung elektronischer Märkte	405
(a) Geschäftseinrichtung/Nachhaltigkeit	407
(b) Verfügungsmacht	408
(c) Tätigkeit eines Unternehmens	408
(2) Auswirkungen auf die Ausgestaltung des innerbetrieblichen Leistungserstellungsprozesses – telekooperative Arbeitsformen	411
(a) Stätte der Geschäftsleitung	414
(b) Geschäftsstellen	414
(c) Bauausführungen und Montage	415
(d) Auswirkungen auf den Ausnahmekatalog des Art. 5 Abs. 4 OECD-Modell	415
c) Zusammenfassung und Ausblick	416
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	416
I. Nationales Recht	416
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	418
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	419
b) Die Besteuerung im Verlustfall	420
2. Gewerbesteuer	421
II. Abkommensrecht	421
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	421
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	421

b) Die Besteuerung im Verlustfall	422
2. Gewerbesteuer	422
3. Kapitel. Besteuerung von inländischen Kapitalgesellschaften ausländischer Investoren	423
A. Qualifikationsproblematik bei inländischen Kapitalgesellschaften	423
I. Nationales Recht	423
II. Abkommensrecht	425
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	426
I. Nationales Recht	426
1. Besteuerung der Gesellschaft	426
a) Körperschaftsteuer	426
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	427
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	428
b) Gewerbesteuer	428
2. Besteuerung der Gesellschafter	429
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	429
b) Die Besteuerung im Verlustfall	431
II. Abkommensrecht	434
1. Besteuerung der Gesellschaft	434
2. Besteuerung der Gesellschafter	434
a) Grundsätzliche Besteuerungsfolgen	434
b) Besonderheiten bei Mutterkapitalgesellschaften mit Sitz in EU-Mitgliedstaaten	436
c) Besonderheiten bei Zwischenschaltung ausländischer Rechtsträger	436
4. Kapitel. Besteuerung von inländischen Personengesellschaften ausländischer Investoren	439
A. Qualifikationsproblematik bei inländischen Personengesellschaften	439
I. Nationales Recht	439
II. Abkommensrecht	444
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	445
I. Nationales Recht	445
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	445
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	447
(1) Gewinnanteil	448
(2) Sondervergütungen	450
b) Die Besteuerung im Verlustfall	451
(1) Inner- und interperiodischer Verlusttausgleich	451
(2) Die Verlustverrechnungsbeschränkung nach § 15 a EStG	451
(3) Die Verlustverrechnungsbeschränkung nach § 2 a EStG	452
2. Gewerbesteuer	452
II. Abkommensrecht	453
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	453
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	453
(1) Gewinnanteil	454
(2) Sondervergütungen	455
b) Die Besteuerung im Verlustfall	458
2. Gewerbesteuer	459

Vierter Teil

Laufende Besteuerung unternehmerischer Gestaltungsalternativen deutscher Investoren im Ausland (Outbound-Investitionen)

1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften inländischer Investoren	461
A. Qualifikationsproblematik bei Direktgeschäften	461
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	461
I. Quellenbesteuerung	463
1. Nationales Recht	463
2. Abkommensrecht	464
II. Wohnsitzbesteuerung	464
1. Nationales Recht	464
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	464
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	464
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	466
b) Gewerbesteuer	471
2. Abkommensrecht	473
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	473
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	473
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	474
b) Gewerbesteuer	476
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	476
2. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Betriebsstätten inländischer Investoren	479
A. Qualifikationsproblematik bei ausländischen Betriebsstätten	479
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	482
I. Domizilstaat der Betriebsstätte (Quellenbesteuerung)	482
1. Nationales Recht	482
2. Abkommensrecht	485
II. Inlandsbesteuerung des Stammhauses (Wohnsitzbesteuerung)	487
1. Nationales Recht	487
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	487
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	487
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	490
b) Gewerbesteuer	491
2. Abkommensrecht	492
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	492
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	492
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	494
b) Gewerbesteuer	496
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	496
3. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Kapitalgesellschaften inländischer Investoren	499
A. Qualifikationsproblematik bei ausländischen Kapitalgesellschaften	500
I. Nationales Recht	500
1. Zur Methodik der Steuerrechtsqualifikation (Rechtstypenvergleich)	500
2. Besonderheiten bei Basisgesellschaften	507
a) Wesen und Zielsetzung von Basisgesellschaften	507
b) Durchgriffsbesteuerung	508

(1) Ausländische Kapitalgesellschaft als Scheingesellschaft (§ 41 Abs. 2 AO)	508
(2) Ausländische Kapitalgesellschaft als Treuhänder (§ 39 AO)	509
(3) Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten bei Ein- schaltung von Basisgesellschaften (§ 42 AO)	509
c) Hinzurechnungsbesteuerung	512
(1) Reguläre Hinzurechnungsbesteuerung (§ 7 Abs. 1 ASTG)	513
(2) Erweiterte Hinzurechnungsbesteuerung für Zwischen- einkünfte mit Kapitalanlagecharakter (§ 7 Abs. 6 Satz 1 ASTG)	517
(3) Perspektiven der Hinzurechnungsbesteuerung	518
3. Zusammenfassendes Prüfschema	520
II. Abkommensrecht	520
1. Die Qualifikation der Auslandsgesellschaft als abkommensbe- rechtigte Person	520
2. Besonderheiten bei Basisgesellschaften	522
a) Durchgriffsbesteuerung und DBA	522
b) Hinzurechnungsbesteuerung und DBA	522
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	523
I. Domizilstaat der Kapitalgesellschaft	523
1. Nationales Recht	523
a) Besteuerung der Gesellschaft	523
b) Besteuerung der Gesellschafter	526
2. Abkommensrecht	528
a) Besteuerung der Gesellschaft	528
b) Besteuerung der Gesellschafter	529
II. Inlandsbesteuerung der Gesellschafter	533
1. Nationales Recht	533
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	533
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	534
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	536
(3) Besteuerungswirkungen bei Basisgesellschaften	537
(a) Durchgriffsbesteuerung	537
(b) Hinzurechnungsbesteuerung	538
b) Gewerbesteuer	542
2. Abkommensrecht	546
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	546
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	546
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	549
(3) Besteuerungswirkungen bei Basisgesellschaften	550
(a) Durchgriffsbesteuerung	550
(b) Hinzurechnungsbesteuerung	550
b) Gewerbesteuer	552
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	552
4. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Personengesellschaften inländischer Investoren	556
A. Qualifikationsproblematik bei ausländischen Personengesellschaften ..	557
I. Die Qualifikation der Gesellschaft (Steuersubjektqualifikation)	557
1. Nationales Recht	557
a) Zur Methodik der Qualifikation (Rechtstypenvergleich)	557

(1) Einordnung als Personen- oder Kapitalgesellschaft	558
(2) Überprüfung der Gewerbebetriebseigenschaft von Personengesellschaften	558
b) Beispiele zur Qualifikation ausländischer Gesellschaftsformen	560
2. Abkommensrecht	562
a) Vertragsstaaten mit Mitunternehmerkonzept	562
b) Vertragsstaaten mit Kapitalgesellschaftskonzept	564
(1) Lösung subjektiver Qualifikationskonflikte auf Basis spezieller Abkommensvereinbarungen	564
(2) Lösung subjektiver Qualifikationskonflikte auf Basis des OECD-Modells	565
II. Die Qualifikation der Einkünfte des Gesellschafters (Steuerobjektqualifikation)	568
1. Nationales Recht	568
a) Zur Maßgeblichkeit inländischer Gewinnermittlungsvorschriften	568
b) Inhalt und Struktur der Steuerbemessungsgrundlage eines Mitunternehmers	570
(1) Gewinnanteil	570
(2) Verlustanteil (§ 15 a EStG)	570
(3) Sondervergütungen	571
2. Abkommensrecht	572
a) Gewinnanteil	573
b) Sondervergütungen	575
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	580
I. Sitzstaat der Personengesellschaft	580
1. Nationales Recht	580
a) Staaten mit Mitunternehmerkonzept	580
(1) Besteuerung von Gewinnanteilen und Sondervergütungen	580
(2) Die Behandlung von Drittstaatseinkünften	582
b) Staaten mit Kapitalgesellschaftskonzept	583
2. Abkommensrecht	583
a) Staaten mit Mitunternehmerkonzept	584
(1) Anwendbarkeit und Inhalt des Betriebsstättenprinzips bei Mitunternehmerschaften	584
(2) Die Behandlung von Drittstaatseinkünften	585
b) Staaten mit Kapitalgesellschaftskonzept	586
II. Inlandsbesteuerung der Mitunternehmer	586
1. Nationales Recht	587
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	587
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	587
(a) Die Behandlung von im Domizilstaat der Personengesellschaft erhobenen Quellensteuern	587
(b) Die Behandlung von in Drittstaaten erhobenen Quellensteuern	589
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	590
(a) Der Verlustanteil nach § 15 a EStG	590
(b) Die Wirkung des § 15 a EStG im Rahmen der Anrechnungs- und Abzugsmethode	595
(c) Das Verhältnis von § 15 a EStG zu § 2 a EStG	598
b) Gewerbesteuer	599

2. Abkommensrecht	599
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	599
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	599
(a) Besteuerung bei übereinstimmender Subjektqualifikation	599
(b) Besteuerung bei abweichender Subjektqualifikation	605
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	606
b) Gewerbesteuer	607
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	608

Fünfter Teil Erfolgs- und Vermögensabgrenzung

1. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Direktgeschäften	615
2. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Betriebsstätten	620
A. Notwendigkeit und Maßstab der Erfolgs- und Vermögensabgrenzung	620
B. Methoden zur Ermittlung des Betriebsstättenerfolgs und des Betriebsstättenvermögens	621
I. Die indirekte Methode	621
1. Vorgehensweise und Problematik der indirekten Methode	621
2. Anwendungsbereiche der indirekten Methode	624
II. Die direkte Methode	625
1. Vorgehensweise bei der direkten Methode	625
2. Abgrenzungsprinzipien bei Anwendung der direkten Methode	626
a) Verursachungsgerechte Erfolgslokalisierung	626
b) Vermeidung des Ausweises unrealisierter Erträge	629
3. Abrechnungsgrundsätze im Außen- und Innenverkehr der Betriebsstätte	631
a) Außenverkehr (Fremdbeziehungen)	632
b) Innenverkehr (Stammhaus/Betriebsstätte)	632
(1) Rohstoff-, Halb- und Fertigfabrikatslieferungen	632
(2) Überführung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens	636
(3) Überführung von Wirtschaftsgütern aus der inländischen Betriebsstätte in das ausländische Stammhaus	637
(4) Anteilige Nutzung von Wirtschaftsgütern	639
(5) Dienstleistungsverkehr	640
(6) Kapitalausstattung der Betriebsstätte	641
4. Einzelfragen der arm's length-Buchführung	648
a) Zur Buchführungsplicht der Betriebsstätte	648
b) Zum Inhalt der Betriebsstättobilanz	650
(1) Aktiva	650
(2) Passiva	652
(3) Abrechnungsgrundsätze zwischen mehreren Betriebsstätten	652
5. Währungsumrechnung des Betriebsstättenergebnisses	653
a) Methoden der Währungsumrechnung	653
b) Umrechnungsbedingte Währungserfolge als inländische oder ausländische Einkünfte	661
C. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung zwischen Stammhaus und Vertreter	662

3. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Kapitalgesellschaften	664
A. Grundsätze zur Ermittlung und Aufteilung des Welteinkommens bzw. Weltvermögens der einzelnen Konzernmitglieder	664
B. Rechtsgrundlagen für Ergebniskorrekturen im internationalen Konzern	668
I. Nationales Recht	669
1. Verdeckte Gewinnausschüttung (vGA)	669
2. Verdeckte Kapitaleinlage (vKE)	675
3. Gewinnberichtigung nach § 1 AStG	678
a) Anwendungsvoraussetzungen	678
b) Verhältnis des § 1 AStG zur verdeckten Gewinnausschüttung (vGA) und zur verdeckten Kapitaleinlage (vKE)	680
c) Probleme bei der technischen Durchführung des § 1 AStG	681
d) Vorteilsausgleich bei § 1 AStG	682
4. Begrenzung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung nach § 8 a KStG	682
II. Abkommensrecht	685
III. Verhältnis zwischen den nationalen und den abkommensrechtlichen Korrekturvorschriften	687
C. Präzisierung des arm's length-Entgelts	689
4. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Personengesellschaften	692
A. Umfang des Betriebsvermögens der Personengesellschaft	692
I. Gesellschaftsvermögen (Gesamthandsvermögen)	692
II. Sonderbetriebsvermögen	693
B. Lieferungs- und Leistungsverkehr der Personengesellschaft	695
I. Lieferungs- und Leistungsverkehr mit Dritten	695
II. Lieferungs- und Leistungsverkehr mit Unterbetriebsstätten	695
III. Übertragungsfälle zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	696
1. Entgeltliche Übertragungen	696
2. Unentgeltliche Übertragungen	699
a) Zwischen der Personengesellschaft und einem Betriebsvermögen des Gesellschafters	699
b) Zwischen der Personengesellschaft und dem Privatvermögen des Gesellschafters	700
3. Übertragungen gegen Gesellschaftsrechte	700
a) Zwischen der Personengesellschaft und einem Betriebsvermögen des Gesellschafters	700
b) Zwischen der Personengesellschaft und dem Privatvermögen des Gesellschafters	701
IV. Übertragungsfälle zwischen den Gesellschaftern	702
V. Zusammenfassung der Lösungsansätze	703
1. Gewinnrealisierungskonzept innerhalb der wirtschaftlichen Einheit	703
2. Gewinnrealisierungskonzept beim Lieferungs- und Leistungsverkehr sowie bei unentgeltlichen Übertragungen	705

Sechster Teil
Grenzüberschreitende Steuerplanung

1. Kapitel. Anknüpfungsmerkmale, Instrumente und Legitimität der internationalen Steuerplanung	707
2. Kapitel. Steueroptimale Rechtsformwahl im In- und Ausland ...	714
A. Systematisierung der Formen grenzüberschreitender Unternehmenstätigkeit	714
B. Grundsätzliche Belastungsunterschiede der Gestaltungsalternativen ...	715
I. Ermittlung der Bemessungsgrundlagen	715
1. Buchführungspflicht	715
2. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung	716
II. Besteuerung von Gewinnen und Verlusten	717
1. Besteuerung im Domizilstaat	717
a) Besteuerung von Gewinnen	717
b) Behandlung von Verlusten	718
2. Besteuerung im Wohnsitzstaat des Gesellschafters	719
a) Besteuerung von Gewinnen	719
b) Behandlung von Verlusten	720
III. Substanzbesteuerung	722
C. Steuerstrategien für ausländische Investoren in Deutschland (Inbound-Investitionen)	722
I. Einflußfaktoren auf die Steuerbelastung des Inlandsengagements	722
II. Durchführung des Belastungsvergleichs zwischen Betriebsstätte und Tochterkapitalgesellschaft in Deutschland	725
1. Erläuterung der Ausgangsdaten	725
2. Gewinnfall	726
a) Ausländische Spitzeneinheit in der Rechtsform eines Personenunternehmens	726
(1) Nicht-DBA-Fall	726
(2) DBA-Fall	728
b) Ausländische Spitzeneinheit in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft	730
(1) Nicht-DBA-Fall	730
(a) Ebene der Gesellschaft	730
(b) Ebene der Gesellschafter	731
(2) DBA-Fall	733
(a) Ebene der Gesellschaft	733
(b) Ebene der Gesellschafter	734
3. Verlustfall	736
4. Zusammenfassung	737
D. Steuerstrategien für Auslandsinvestitionen von Steuerinländern (Outbound-Investitionen)	742
I. Einflußfaktoren auf die Steuerbelastung des Auslandsengagements	742
II. Durchführung des Belastungsvergleichs zwischen Betriebsstätte und Tochterkapitalgesellschaft im Ausland	745
1. Erläuterung der Ausgangsdaten	745
2. Gewinnfall	746
a) Inländische Spitzeneinheit in der Rechtsform eines Personenunternehmens	746
(1) Nicht-DBA-Fall	746
(2) DBA-Fall	748

b) Inländische Spitzeneinheit in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft	750
(1) Nicht-DBA-Fall	750
(a) Ebene der Gesellschaft	750
(b) Ebene der Gesellschafter	751
(2) DBA-Fall	753
(a) Ebene der Gesellschaft	753
(b) Ebene der Gesellschafter	753
3. Verlustfall	755
a) Nicht-DBA-Fall	756
b) DBA-Fall	756
4. Zusammenfassung	757
3. Kapitel. Der Einfluß der Finanzierung auf die Höhe der Steuerbelastung	762
A. Grundsätze internationaler Unternehmensfinanzierung	762
B. Finanzierung von Inbound-Investitionen	765
I. Betriebsstätten	765
II. Kapitalgesellschaften	767
1. Belastungsvergleich zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung	767
2. Begrenzung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung in Deutschland	769
a) Regelungsinhalte	769
b) Problematik des § 8 a KStG	777
c) Gestaltungsmöglichkeiten	779
3. Angemessenheit der Vergütung	784
4. Finanzierung als Sanierungsmaßnahme	786
III. Personengesellschaften	789
C. Finanzierung von Outbound-Investitionen	793
I. Betriebsstätten	793
II. Kapitalgesellschaften	796
1. Belastungsvergleich zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung	796
2. Begrenzung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung im Ausland	805
a) Unterkapitalisierungsregelungen im Ländervergleich	805
b) Thin capitalization in Großbritannien	807
c) Thin capitalization in den USA	808
III. Personengesellschaften	810
D. Ansatzpunkte für komplexere Finanzierungsgestaltungen	813
4. Kapitel. Steuerplanung mit Holdinggesellschaften	816
A. Begriff und Erscheinungsformen der Holdinggesellschaft	816
B. Typische Beispiele für den Einsatz von Holdinggesellschaften	821
I. Reduzierung von Quellensteuern	821
II. Konsolidierung von positiven und negativen Ergebnissen	825
III. Steuerwirksame Finanzierung des Beteiligungsportfolios	829
IV. Minimierung der Steuerpflicht auf Veräußerungsgewinne	832
V. Geltendmachung bzw. Bewahrung von Teilwertabschreibungen und Liquidationsverlusten	832
VI. Nutzung von Steuergutschriften	833
VII. Vermeidung von Anrechnungsüberhängen	834
VIII. Umformung von Einkünften	838
IX. Nutzung von Kapitalgesellschaftsprivilegien	838
X. Vermeidung ausländischer Erbschaftsteuern	839

C. Voraussetzungen für die Eignung eines Landes als Holdingstandort	840
D. Grenzen der Einschaltung von Holdinggesellschaften	853
I. Gesetzliche Grenzen der Steuerplanung	853
II. Maßnahmen zum Schutz der Wohnsitzbesteuerung	854
1. Ort der Geschäftsleitung	854
2. Mißbrauchsvorschriften	855
3. Hinzurechnungsbesteuerung	861
III. Maßnahmen zum Schutz der Quellenbesteuerung	862
IV. Schranken durch gegenläufige Steuereffekte	867
5. Kapitel. Steuerplanung mit Verrechnungspreisen und Konzernumlagen	868
A. Zur Notwendigkeit eines Wertmaßstabes für Konzernleistungen	868
B. Gewinnabgrenzung nach dem Grundsatz des Fremdverhaltens	870
I. Entwicklung und Rechtfertigung des arm's length principle	870
1. Internationale Verständigung in Verrechnungspreisfragen	870
2. Methodische Vorbehalte gegenüber dem Grundsatz des Fremdvergleichs	875
3. Alternative Konzepte der Konzern-Gewinnabgrenzung	878
a) Berücksichtigung der Integrationsvorteile im Rahmen von Anpassungsrechnungen	878
b) Verbindliche Verrechnungspreiszusagen	878
c) Globale Gewinnaufteilung	879
d) Prozeß-orientierte Gewinnabgrenzung	883
e) Fazit	884
II. Bestimmung des Fremdverhaltens	884
1. Rechtsgrundlagen	884
2. Anwendungsprinzipien	886
a) Anerkennung der tatsächlich durchgeführten Geschäftsvorgänge	886
b) Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters	887
c) Herstellung vergleichbarer Verhältnisse	890
(1) Einflußgrößen	890
(2) Eigenschaften der gehandelten Güter und erbrachten Leistungen	891
(3) Funktionen, Kapitaleinsatz und Risiken	891
(4) Vertragsbedingungen	892
(5) Wirtschaftliche Umstände	892
(6) Geschäftsstrategien	893
d) Berücksichtigung von Sonderkonstellationen	894
(1) Gesamtvereinbarungen über ein Paket von Lieferungen oder Leistungen	894
(2) Dauerhafte Verlustsituationen	895
(3) Auswirkungen der Regierungspolitik	896
(4) Vorteilsausgleich	898
e) Spanne vertretbarer Preise	899
f) Mehrjahresdaten	901
g) Grundsatz der freien Methodenwahl	902
3. Vorgehensweise in der betrieblichen Praxis	904
III. Präzisierung des Fremdvergleichsentgelts	906
1. Abgrenzung der verrechenbaren Leistungen vom Gesellschafteraufwand	906

a) Typologie konzerninterner Lieferungs- und Leistungsbeziehungen	906
b) Gesellschafteraufwand (shareholder expenses)	910
c) Verrechenbare Leistungen	912
(1) Eindeutig zuzuordnende Dienstleistungen	912
(2) Nicht eindeutig zuzuordnende Dienstleistungen (Mischfälle)	913
(a) Koordinationsleistungen	913
(b) Kontrolltätigkeiten	915
(c) Planung	915
(d) Unterstützungs- und Beratungsleistungen	916
(e) Reisekosten	916
d) Zusammenfassende Übersicht	916
2. Verrechnungsformen: Direkte vs. indirekte Preisverrechnung	918
(1) Vorgehensweise bei direkter Preisverrechnung und Leistungsumlage	918
(2) Die Entscheidung zwischen den alternativen Abrechnungsgrundsätzen	921
3. Methoden zur Bestimmung des arm's length-Entgelts	923
a) Methodenvielfalt und ihre Konsequenzen	923
b) Transaktionsbezogene Standardmethoden	926
(1) Die Preisvergleichsmethode	926
(2) Die Wiederverkaufspreismethode	928
(3) Die Kostenaufschlagsmethode	931
c) Geschäftsfallbezogene Gewinnmethoden	935
(1) Abgrenzungsfragen	935
(2) Geschäftsfallbezogene Nettogewinnmethode	938
(3) Geschäftsfallbezogene Gewinnerlegungsmethode	941
d) Globale Gewinnmethoden	946
(1) Globaler Betriebsvergleich	946
(2) Globale Gewinnerlegung	947
4. Bestimmung des anteiligen Kostenbeitrags (Konzernumlage) bei Gemeinschaftsprojekten	949
a) Grundstrukturen der Einkunftsabgrenzung durch Umlageverträge	949
b) Durchführung eines Umlagevertrags	952
(1) Anwendungsbereich der Kostenumlage	952
(2) Ermittlung der umlagefähigen Beträge	955
(3) Bestimmung des Umlageschlüssels	957
(4) Wechsel im Bestand der Poolmitglieder	959
(5) Steuerliche Besonderheiten	962
c) Formelle Anerkennungsvoraussetzungen	963
C. Der Einfluß der Verrechnungspreispolitik auf die Höhe der Steuerbelastung	965
I. Die Aufgaben der betrieblichen Verrechnungspreispolitik	965
1. Entwicklung eines Verrechnungspreissystems	965
2. Beweismittelvorsorge	967
3. Optimale Allokation der Bemessungsgrundlagen	968
II. Gestaltung der Verrechnungspreise für Warenlieferungen und Leistungen	971
1. Vertrieb von Gütern und Waren	971
2. Herstellung von Erzeugnissen	977

3. Dienstleistungen	981
a) Leistungsaustausch	981
(1) Direkte Preisverrechnung	981
(2) Indirekte Preisverrechnung	983
(a) Anwendungsbereich	983
(b) Ermittlung des Entgelts	984
(c) Bestimmung des Aufteilungsschlüssels	985
b) Verwaltungspool	987
4. Forschung und Entwicklung, Verwaltung und Lizenzierung von immateriellen Wirtschaftsgütern	989
a) Konzerninterne Abrechnungssysteme für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten	989
b) Zur Entscheidung über die Struktur der konzerninternen Forschung und Entwicklung	991
c) Die Verrechenbarkeit von Kosten der Grundlagenforschung	993
d) Gestaltung der Verrechnungspreise im Rahmen des Lizenzmodells	994
(1) Abgrenzungen	994
(2) Auftragsforschung	996
(3) Patente und Know-how-Lizenzen	997
(4) Namens- und Markenlizenzen	1004
e) Verrechnung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im Rahmen des Umlagmodells	1007
(1) Gestaltungsziel	1007
(2) Vertragsprinzipien	1008
III. Verrechnungspreisstrategien für ausländische Investoren in Deutschland (Inbound-Investitionen)	1013
1. Allokation der Konzernfunktionen unter Berücksichtigung von Kapitaleinsatz und Risiken	1013
2. Zur Intensität unternehmerischer Funktionen im Inland	1015
a) Stabs- und Managementfunktionen	1015
b) Vertrieb	1016
c) Produktion	1019
3. Verrechnung konzerninterner Reallokationsmaßnahmen	1021
a) Vertrieb von Waren und Gütern im Inland	1021
(1) Anspruchsgrundlagen	1021
(2) Ausgleichspflicht für eine Übertragung des Kundenstamms	1022
(3) Ausgleichspflicht für die Überlassung von Geschäftschancen	1026
b) Herstellung von Erzeugnissen im Inland	1028
IV. Verrechnungspreisstrategien für Auslandsinvestitionen von Steuerinländern (Outbound-Investitionen)	1030
1. Das Erreichen der Abschirmwirkung als Gestaltungsvorgabe ...	1030
2. Anwendungsbereiche für ein konzerninternes Outsourcing	1037
a) Produktionstätigkeit	1037
b) Typische Grundmuster für die Einschaltung konzerneigener Dienstleistungsgesellschaften	1039
(1) Finanzierungsgesellschaften	1039
(2) Treasury centers	1048
(3) Versicherungsgesellschaften (Captives)	1051
(4) Factoring- und Reinvoicing-Gesellschaften	1054

(5) Managementgesellschaften, Kontroll- und Koordinierungsstellen	1056
(6) Immobiliengesellschaften	1058
(7) Vertriebsgesellschaften	1059
(8) Forschungsgesellschaften	1060
(9) Patent-, Lizenz- und Markenwertungsgesellschaften	1063
(10) Übernahme sonstiger Dienstleistungsfunktionen	1067
3. Sperren auf dem Weg zu einer niedrigen Konzernsteuerquote	1068
a) Abwehrmechanismen der Steuergesetzgebung	1068
b) Vergütungsansprüche bei der Einschaltung ausländischer Dienstleistungsgesellschaften	1070
(1) Anspruchsgrundlagen	1070
(2) Teilbetriebseigenschaft	1072
(3) Betriebsveräußerung	1072
(4) Höhe des Vergütungsanspruchs	1073
c) Gewinnrealisierungspflichten bei der Auslagerung materieller und immaterieller Wirtschaftsgüter	1075
D. Dokumentationserfordernisse und Advance Pricing Agreements	1076
6. Kapitel. Internationale M&A-Steuerstrategien	1087
A. Vermeidung der Gewinnrealisierung	1087
I. Zur Problematik der Besteuerung gruppeninterner Transaktionen	1087
II. Das Instrumentarium des Steuerplaners	1090
1. Steuerneutrale Umstrukturierung durch Gewinnrealisierungsaufschub	1090
a) Umwandlungssteuergesetz	1090
b) Mitunternehmererlaß, Realteilung und Überführungstatbestände	1097
c) Aufschub der Besteuerung stiller Reserven nach § 6 b EStG	1101
d) Betriebsaufspaltungsgrundsätze	1105
2. Nutzung von Steuerbefreiungsvorschriften	1107
III. Typische Reorganisationsfälle	1111
1. Inbound-Reorganisationen	1111
a) Inkorporation einer deutschen Betriebsstätte	1111
b) Zusammenfassung von Beteiligungen in einer deutschen Holding	1114
(1) Übertragungen durch Kapitalgesellschaften	1114
(2) Deutsche natürliche Person als Einbringende	1116
(3) Ausländische natürliche Person als Einbringende	1117
c) Inländische Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen mit Auslandsbezug	1118
(1) Umwandlung	1118
(2) Verschmelzung	1122
(3) Spaltung	1122
d) Sitzverlegung vom Ausland ins Inland	1125
2. Outbound-Reorganisationen	1128
a) Einbringung einer Betriebsstätte in eine Auslandsgesellschaft	1128
b) Zusammenfassung von Beteiligungen in einer Auslandsholding	1132

(1) Übertragungen durch deutsche Kapitalgesellschaften	1132
(2) Deutsche natürliche Person als Einbringende	1133
(3) Ausländische Personen als Einbringende	1136
c) Ausländische Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen mit Inlandsbezug	1136
(1) Umwandlung	1136
(2) Verschmelzung	1139
(3) Spaltung	1141
d) Sitzverlegung vom Inland ins Ausland	1142
e) Sitzverlegung zwischen zwei ausländischen Staaten	1144
B. Akquisitionsgestaltung	1145
I. Inbound-Akquisitionen	1145
1. Steuerplanerische Ausgangsüberlegungen beim Unternehmenskauf	1145
2. Erwerb einer Betriebsstätte oder eines Mitunternehmeranteils	1150
3. Steuerstrategien zum Erwerb von Kapitalgesellschaften	1152
a) Erwerb des Betriebsvermögens (asset deal) oder Kauf der Anteile (share deal)	1152
b) Der Einfluß des Steuersenkungsgesetzes auf die Akquisitionsplanung	1157
c) Strukturierungsalternativen zur Verzögerung des steuerlichen Veräußerungszeitpunkts	1165
(1) Terminkauf	1166
(2) Dilutierungs- und Joint Venture-Modell	1167
(3) Optionsmodell	1168
(4) Wertpapierleihe-Modell	1170
d) Wahl des Akquisitionsvehikels	1171
(1) Strukturierung des Erwerbs über eine inländische Holding-Kapitalgesellschaft	1171
(2) Strukturierung des Erwerbs über eine inländische Holding-Personengesellschaft	1173
e) Minderheitsgesellschafter und De-Listing	1174
4. Zusammenfassende Empfehlungen zur Auswahl des Akquisitionskonzepts	1176
II. Outbound-Akquisitionen	1181
1. Steuerplanerische Ausgangsüberlegungen beim Unternehmenskauf	1181
2. Die Gestaltung der Transaktion	1183
a) Rechtsformspezifische Erwerbsstrategien	1183
(1) Erwerb einer Auslandsbetriebsstätte	1184
(2) Erwerb ausländischer Kapitalgesellschaftsanteile	1185
(3) Erwerb einer ausländischen Personengesellschaft	1187
b) Postakquisitorische Integrationsmaßnahmen	1188
3. Ein Beispielsfall: Unternehmenskauf in den USA	1189
C. Unternehmenskooperationen und Unternehmenszusammenschlüsse	1197
I. Joint Ventures	1197
1. Joint Ventures als Wegbereiter internationaler Geschäftstätigkeit:	
Definition, Motivation und Vertragsgestaltung	1197
2. Formen der Zusammenarbeit	1201
a) Schuldrechtliche vs. gesellschaftsrechtliche Joint Ventures	1201
b) Vertrags-Joint Ventures	1201
c) Gemeinschaftsunternehmen	1204

3. Steueroptimierung bei der Standort- und Rechtsformwahl	1211
a) Steuerliche Zielsetzungen eines Joint Venture-Partners	1211
b) Personengesellschaftsstrukturen	1214
(1) Deutsche Joint Venture-Personengesellschaft	1214
(2) Ausländische Joint Venture-Personengesellschaft	1218
c) Kapitalgesellschaftsstrukturen	1220
(1) Deutsche Joint Venture-Kapitalgesellschaft	1220
(2) Ausländische Joint Venture-Kapitalgesellschaft	1222
d) Direktzuordnung von Gewinnbestandteilen zu einzelnen Partner	1224
4. Schlussfolgerungen für die Steuerstrategie	1229
II. Internationale Fusionen börsennotierter Gesellschaften (merger or equals)	1231
1. Grundlagen der Rechnungslegung internationaler Fusionen	1231
2. Gestaltungsalternativen und steuerliche Konsequenzen	1233
7. Kapitel. Nutzung von Qualifikationskonflikten	1240
A. Nicht harmonisierte Bemessungsgrundlagen und divergierende Zurechnungsregeln als Ausgangspunkt für die Steuerplanung	1240
B. Typische Beispiele Fälle	1241
I. Qualifikationskonflikte bei Personengesellschaften	1241
II. Leasing über die Grenze: Ein double-dip-Modell	1245
III. Cross-border-Finanzierungsstrukturen	1248
IV. Nutzung unterschiedlicher Periodisierungsvorschriften	1249
V. Ansatz fiktiver Eigenkapitalverzinsung	1249
VI. Hybride Finanzierungsinstrumente	1250
VII. Hybride Gesellschaften	1253
VIII. Mangelnde Harmonisierung bei der Abgrenzung zwischen gesellschaftlicher und betrieblicher Sphäre	1255
8. Kapitel. Die Kombination von Unternehmens- mit Mitarbeiterzielen: Steuerplanung in Entsendungsfällen	1257
A. Die Notwendigkeit für eine steuerorientierte Entsendungspolitik	1257
B. Auslandseinsatz von Steuerinländern (Outbound-Entsendung)	1259
I. Entsendung in Nicht-DBA-Staaten	1259
1. Aufrechterhaltung des deutschen Wohnsitzes	1259
a) Der Auslandstätigkeitserlaß	1259
b) Das Verfahren zur Erlangung der Steuerfreistellung	1261
2. Aufgabe des inländischen Wohnsitzes	1262
a) Beschränkte Steuerpflicht	1262
b) Form der Steuererhebung	1264
II. Entsendung in DBA-Staaten	1265
1. Aufrechterhaltung des deutschen Wohnsitzes	1265
a) Die Grundregel: Das Arbeitsortprinzip	1265
b) 183-Tage-Regelung als Ausnahme vom Arbeitsortprinzip	1268
(1) Die Berechnung der 183-Tage-Frist	1268
(2) Ansässigkeit des Arbeitgebers in einem Drittstaat	1270
(3) Entsendung zur ausländischen Betriebsstätte oder Tochterpersonengesellschaft	1271
(4) Entsendung zur ausländischen Tochterkapitalgesellschaft	1273
(5) Verfahrensfragen	1275

c) Die Grenzgängerregelung als weitere Durchbrechung des Arbeitsortprinzips	1276
2. Aufgabe des inländischen Wohnsitzes	1278
C. Inlandseinsatz von Steuerausländern (Inbound-Entsendung)	1279
I. Entsendung aus Nicht-DBA-Staaten	1279
1. Begründung der beschränkten Steuerpflicht	1279
2. Begründung der unbeschränkten deutschen Steuerpflicht	1281
a) Die Bedeutung des Wohnsitzes nach nationalem Steuerrecht	1281
b) Die Bedeutung des gewöhnlichen Aufenthalts nach nationalem Steuerrecht	1283
c) Besteuerungskonsequenzen bei Ansässigkeit im Inland	1284
II. Entsendung aus DBA-Staaten	1284
D. Vorteilhafte Gestaltung der Entsendevereinbarung	1286
I. Die Gewährung steuerfreier oder niedrig besteuerte Gehaltselemente als Zielsetzung	1286
II. Varianten zur Minimierung der Steuerkosten	1287
1. Fringe benefits: Personalvergütung in Form freiwilliger Zusatzleistungen	1287
2. Payroll split-Modelle: Getrennte Arbeitsverträge im In- und Ausland	1288
3. Mitarbeiterbeteiligungsmodelle (insbesondere Stock Options) im Entsendungsfall	1290
4. Deferred Compensation: arbeitnehmerfinanzierte Pensionszusagen	1296
5. Festlegung der optimalen Entsendungsdauer	1300
III. Die Berücksichtigung des internationalen Steuergefälles in Gehaltseinbarungen	1302
E. Weitere Aspekte internationaler Personalentsendung	1306
I. Steuerrisiken im Unternehmensbereich	1306
1. Begründung einer Auslandsbetriebsstätte	1306
2. Unangemessene konzerninterne Aufteilung der Entsendungskosten	1307
3. Haftungsrisiko bei fehlerhaftem Lohnsteuerabzug	1310
II. Sozialversicherungs- und arbeitsrechtliche Gesichtspunkte	1311
Anlagen	
Muster eines Abkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und Vermögen (OECD-Modell)	1315
Literaturverzeichnis und Entscheidungen	1331
Stichwortverzeichnis	1465